97-84145-27

Oloff, Friedrich

Weder Clemenceau-friede noch bolschewismus

Berlin

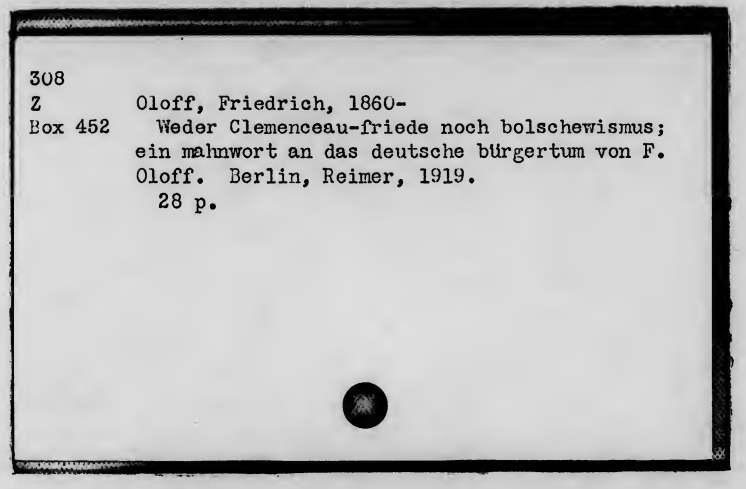
1919

97-84 145-27
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 9:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 8/12/97 INITIALS: TLM

TRACKING # : 26234

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Oloff, Friedrich

Weder Clemenceau-friede noch bolschewismus

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

_____Page(s) missing/not available:_____

_____Volume(s) missing/not available:_____

_____Illegible and/or damaged page(s):_____

_____

_____Page(s) or volume(s) misnumbered:_____

_____Bound out of sequence:_____

_____Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from:_____

_____

_____Other:_____

_____

X after page 28

_____Inserted material:_____

TRACKING#: MSH26234

Weder Clemenceau-Friede noch Bolschewismus

Ein Mahnwort
an das
deutsche Bürgertum

von

F. Oloff

308
Z
Box 452

Berlin 1919
Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)

Vom Verfasser
ergebenst übersandt.
17/6. 19

Weder Clemenceau-Friede noch Bolschewismus

Ein Mahnwort
an das
deutsche Bürgertum

von

F. Oloff

Berlin 1919
Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

Vom Verfasser
ergebenst übersandt.
17/6. 19

Weder Clemenceau-Friede noch Bolschewismus

Ein Mahnwort
an das
deutsche Bürgertum

von

F. Oloff

Berlin 1919
Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)

Druck von J. J. Augustin in Glückstadt und Hamburg

Hee sept. 23, 1938

„Unfrei ist der Staat, macht der Staat, der seine Entwicklung nicht unter ein höheres Gesetz stellt."
(A. von Gleichen-Rußwurm: „Der freie Mensch.")

„Nicht Deutschlands — Europas Friedensziel im englischen Weltkriege" so habe ich mein im August 1915 abgeschlossenes erstes Kriegsbuch überschrieben, das der Zensurschwierigkeiten wegen erst etwa ein Jahr später, nach gänzlicher Streichung der Urschrift des vierten Teils und wesentlichen Änderungen der drei ersten, veröffentlicht werden durfte.

Soweit die deutsche Öffentlichkeit von meiner Forderung eines deutschen Verständigungs- und Rechtsfriedens, ohne Annexionen von feindlichen Gebietsteilen, weil die sog. „realen Garantien" mit tötlicher Sicherheit zu neuen europäischen Kriegen führen müßten, überhaupt Notiz nahm, wurde diese Forderung, dem damaligen Geisteszustande der Mehrheit des deutschen Volkes entsprechend, als Unfug, Pazifismus— Vaterlandsverrat, abgelehnt. Heute, wo aus denselben veralteten Anschauungen über die Möglichkeit eines Macht- und Gewaltfriedensschlusses heraus die französischen Kriegstreiber die Forderung eines Macht- und Gewaltfriedens stellen, jammern die deutschen Vertreter dieser Politik von damals: Das sei kein dauernder Friede, der imstande wäre, die Völker vor neuen, noch schwereren Zusammenstößen zu bewahren.

Sicherlich wäre er das nicht!

Aber ich frage die Gewaltpolitiker von damals: Was hat sich denn seitdem in der Macht- und Annexions-

friedenspolitik geändert, wenn dieselbe heute nun doch zu neuen Kriegen führen muß? Doch lediglich die betrübliche Tatsache, daß die deutschen Gewaltpolitiker damals, ehe sie endgültig gesiegt hatten, glaubten, einen solchen Frieden machen zu können, und daß ihre Gegenspieler heute in Frankreich dasselbe tun möchten, nachdem sie glauben gesiegt zu haben. Die deutschen Gewaltpolitiker werden demnach ihren französischen Gesinnungsgenossen einen Schein der Berechtigung ihrer Forderungen kaum ganz absprechen können. Dieses vielleicht um so weniger, als hinter den französischen Forderungen der weitgrößte Teil des Bürgertums steht, das, über die heutigen Anschauungen in Deutschland absichtlich völlig im Unklaren gehalten, nicht zu Unrecht geltend macht: Angesichts des gewaltigen Machtbeweises der deutschen Heeres- und Volkskraft, die in vierjährigem Kriege von ganz Europa nicht zu besiegen war und angesichts der so gewaltig geschwächten eigenen Volkskraft und des wirtschaftlichen Darniederliegens, müsse das so außerordentlich geschwächte Frankreich „reale Garantieen" gegen die deutschen Rachegelüste haben, wenn es, nach dem Rückzuge der englischen und amerikanischen Heeresmassen vom Festlande, überhaupt jemals wieder aufatmen wolle.

Wie es von der Deutschen Mehrheit falsch war, auf der Höhe der kriegerischen Erfolge stets nur das deutsche, anstatt ein europäisches Friedensziel zu verfolgen, genau so falsch ist es heute von den Ententemächten, nur ihre nationalen Friedensziele verwirklichen zu wollen.

Unter Wilsons Führung hat auch die Entente, wenn vielleicht auch nur widerstrebend, der Idee des Völkerbundes der Zukunft zugestimmt. Unter dieser Voraussetzung und im Vertrauen auf die Aufrechterhaltung der

Wilsonschen Punkte sind wir in die Waffenstillstandsverhandlungen eingetreten.

Glaubt die Entente den Völkerbund aufrichten zu können, nachdem sie Deutschland einen Machtfrieden aufgezwungen hätte, wie er noch niemals selbst einem besiegten Volke auferlegt wurde?

Das deutsche Volk ist aber nicht besiegt! Es mußte, im Westen und Osten tief in Feindesland stehend, seinen glorreichen Kampf aufgeben. Es mußte ihn aufgeben, weil es ihn nach vierjähriger Dauer gegen die Kriegsmittelindustrie der ganzen Welt aus Mangel an Rohstoffen nicht mehr weiter führen konnte und weil seine Feinde es mit den gemeinsten Mitteln, dem Hungerkriege gegen Kinder, Frauen und Greise bekämpften.

Ein Völkerbund, wie Wilson ihn plant, ist nur dann denkbar und durchführbar, wenn derselbe auf voller Gleichberechtigung aller Beteiligten beruht, nicht aber, wenn der eine Teil, die Entente, den anderen, Deutschland, aus Haß, Neid und Bosheit um seine Lebensbedingungen zu bringen trachtet. —

Es ist derselbe Geist, der die Völker in diesen Krieg hineintrieb, der jetzt einen Frieden verhindert, wie ihn das niedergetretene Europa braucht. Der Geist der verheerenden Macht des Großkapitalismus, des wirtschaftlichen Neides und Hasses, des Tanzes um das goldene Kalb des Welthandels, des politischen Kuhhandels, um die Ausdehnung des jeweiligen Besitzstandes der einzelnen Völker auf Kosten anderer.

Unsere Gegner entehren sich selbst, wenn sie uns Bedingungen zu stellen versuchen, die ihren kümmerlichen Erfolgen auf den Kriegsschauplätzen in den 4 Kriegsjahren so wenig entsprechen.

Wohl hat auch das deutsche Volk den großen Fehler gemacht, 4 Jahre lang seine Macht- und Annexions-

friedens-Forderungen aufzustellen. Wir werden nicht umhin können, in den heutigen Forderungen der Entente eine Reflexwirkung unserer eigenen Forderungen zu erblicken.

Aber, — — war es bis zu diesem großen Kriege nicht stets so gewesen, in allen vorherigen Kriegen, daß ein Volk Ländergebiete, die es mit so großen Opfern an Blut und Gut erkämpft hatte, nun auch zu behalten wünschte. Erhob man in Frankreich nicht genau dieselben Ansprüche, obgleich Frankreich damals nicht der Sieger war?

Zweifellos stünden wir ja heute anders, besser, den Forderungen unserer Feinde gegenüber, wenn wir das Wort des Kaisers, daß wir keinen Eroberungs- und Machtkrieg, sondern einen Verteidigungskrieg führten, stets aufrecht erhalten hätten. Wenn wir unseren Schild von diesen Forderungen rein erhalten hätten. Wahrscheinlich wären dann sogar die Vereinigten Staaten von Amerika niemals als unsere unmittelbaren Gegner in den Krieg eingetreten. Mit dieser unglücklichen, stets unwidersprochen gebliebenen Annexionspolitik beginnt erst recht eigentlich die Schuld der deutschen Regierung einzusetzen, indem durch sie Feinde und Neutrale in dem Glauben an die von England über die ganze Welt verbreitete Anschuldigung, daß Deutschland den Krieg aus Eroberungssucht entfesselt habe, bestärkt wurden.

Von der großen Mehrheit des deutschen Volkes war vielleicht nicht zu erwarten, daß es mitten im Kriege, sich mit den Forderungen der neu herauf kommenden Zeit, dem Versöhnungsfrieden und einem zukünftigen Völkerbund befassen sollte. Auch bei unseren Feinden stand keineswegs die Volksmehrheit hinter dieser Wilsonschen Forderung eines neuen Geistes der Völkerbeziehungen!

Nachdem nun aber das deutsche Volk sich in seinen breiten Schichten auf den Boden der Tatsachen gestellt hat, nachdem ihm die Forderungen der Neuzeit aufgegangen sind, nachdem gewissermaßen der Schleier vor seinem geistigen Auge gefallen ist und es bereit ist, sich auf den Boden des Völkerbundes einer nahen Zukunft zu stellen, muß es auch verlangen, daß es als **gleichwertiges Mitglied** in denselben aufgenommen wird.

Das verlangt seine Ehre!

In der **Annexionsfrage** muß das deutsche Volk verlangen, daß über die strittigen Grenzgebiete einschließlich Elsaß-Lothringens nach dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Bewohner entschieden wird und daß es einen Kolonialbesitz erhält, wie er seiner Größe und seiner Volkskraft entspricht.

Die **Schuldfrage**. Wenn das Bürgertum in Deutschland und in den Ententeländern — wie es müssen wird — immer mehr erkennen wird, daß dieser große Krieg, als ein Teil des Weltgeschehens entstanden ist, aus den alten inner- und außerpolitischen Verhältnissen der Völker heraus, aus dem Geiste des Großkapitalismus, des Mammonismus, des wirtschaftlichen Neides und Hasses, dem Tanz um das goldene Kalb des Welthandels, dem politischen Kuhhandel um Länderbesitz, der Bündnispolitik unfähiger Diplomaten, dann fällt die Frage nach der unmittelbaren Schuld am Kriegsausbruche damit in sich selbst zusammen. Dasselbe gilt von dem Rufe nach der Schuldfeststellung der persönlich Verantwortlichen!

Keine bessere Unterstützung gegen diese unsinnigen Forderungen der Entente-Machthaber kann das deutsche Bürgertum finden, als die der verständigen deutschen Arbeiterschaft, das revolutionäre Volk, das längst er-

kannt hat, wie übrigens auch die Arbeiterschaft in England und Frankreich — daß, abgesehen von Einzelfällen, wie z. B. dem des verbrecherischen Pressehetzers Lord Northcliffe, Besitzers der „Times", „Daily Mail" und vieler anderer Hetzblätter, nicht Personen, sondern das internationale großkapitalistische System verantwortlich ist.

Unter der Voraussetzung dieser Erkenntnis, die sich in nicht zu langer Zeit allgemein durchsetzen wird, muß Deutschland auf seinem früheren Vorschlage, einer unparteiischen Untersuchung der Schuldfrage unter allen Umständen beharren, damit das Brandmal seiner alleinigen oder doch vornehmlichen Schuld von ihm genommen werde. In Deutschland, das sich 1914 inmitten eines fast beispiellosen wirtschaftlichen Aufstieges befand, war nicht wie in England, wie dieses von ihm selbst immer wieder zugestanden wurde, die Veranlassung gegeben, irgend ein anderes Volk, wegen seiner wirtschaftlichen Machtstellung niederzuringen zu versuchen oder aus irgend einer anderen Veranlassung einen selbst siegreichen Krieg herbeizuführen. —

Bei einer Untersuchung der Schuldfrage aber, wie unter englischer Führung die Entente sie plant, wäre das Urteil schon vorher gesprochen und dieses würde einen völkischen Justizmord bedeuten, wie ihn die Welt niemals erlebt hätte. Von der Kriegshetze der englischen Presse im eigenen Lande, den Ländern der Entente und im neutralen Auslande, den hetzerischen Reden führender Engländer, einschließlich einer ganzen Reihe von Ministern, der unterminierenden Tätigkeit englischer Auslandsvertreter, dem Liebeswerben Eduards VII. an fast allen europäischen Höfen, einschließlich Wiens, den Enthüllungen aus den in Brüssel aufgefundenen Berichten der belgischen Gesandten in Berlin, Paris und London

und des Suchomlinoff-Prozesses, ebenso wie von den warnenden Stimmen der anständigen englischen Presse, wie „Daily News" und anderer, und den fortgesetzten Warnungen der großen, englischen Arbeiterparteien vor der Gefahr, der die englische Politik zutreibe, wie auch von den zahlreichen Warnungen der anständigen französischen Presse und der französischen Arbeiterschaft, würde bei dieser Ententeuntersuchung gegen Deutschland, bei dem vorgefaßten Urteil, wohl nicht viel zur Entlastung des Schuldigen zutage kommen. Die Interessen der chauvinistischen großkapitalistischen Kreise, von Schiffahrt, Handel, Industrie, Banken, Kolonialkreisen usw. würden sich, unterstützt von der einschlägigen Presse, zur Unterdrückung des Rechtes ebenso mächtig erweisen, wie sie sich zur Anzettelung des Weltkrieges erwiesen haben. —

Dehalb kann auch die **Entschädigungsfrage** niemals losgelöst von der Schuldfrage behandelt werden. Wie käme Deutschland dazu, nach Beendigung eines Krieges, der mit Naturnotwendigkeit aus den ganzen, verdorbenen, unhaltbar gewordenen inner- und außerpolitischen Verhältnissen aller Beteiligten heraus entstanden ist, sich mit den Kriegskosten eines oder mehrerer Teilnehmer desselben belasten zu lassen?! Deutschland, dem es gelungen ist, den Krieg in der Hauptsache in Feindesland zu tragen und dadurch sich selbst vor großen Zerstörungsschäden zu bewahren, kann sich, um der Idee des zukünftigen Völkerbundes willen, höchstens darauf einlassen, daß sämtliche Zerstörungsschäden — und zwar nur diese — von sämtlichen europäischen Kriegführenden nach der Zahl ihrer Bevölkerung vom August 1914 gemeinsam getragen werden! Dazu würden also alle Kriegsschäden in Belgien, Nordfrankreich, England, an den deutschen Ost- und Westgrenzen und in den deut-

schen Kolonien gehören. Auszunehmen sind die Ubootschäden, zu denen Deutschland durch die Hungerblockade gezwungen wurde. Diese rechnen auf mit dem namenlosen Elend, das die Hungerblockade über Deutschlands gesamte Bevölkerung gebracht hat und heute noch bringt. Sie rechnen auf mit den in ihrer Folge eines vorzeitigen Todes gestorbenen Säuglingen, Kindern, Frauen und Männern, deren Zahl in die Million geht und mit der Tatsache, daß lediglich durch sie, Deutschland den Kampf schließlich aufgeben mußte und zu Unrecht als der Besiegte dasteht. —

Der Sinn der ganzen Welt, die neuen Ideen und Anschauungen der Völker, wie sie durch die deutsche Revolution in die Erscheinung getreten sind — in den Ententeländern nur zeitweilig noch unterdrückt — widerspricht der Annahme des von unseren Gegnern geplanten Gewaltfriedens auf das Entschiedenste! Ihn annehmen, hieße die Zeit völlig verkennen! Zudem bedeutete seine Annahme eine große innere Lüge und Unwahrheit, da Deutschland außerstande sein würde, seine Bedingungen zu erfüllen. Ich bin von den ersten deutschen Erfolgen ab, im August 1914, energischer Gegner jeder Macht-, Gewalt- und Annexionspolitik gewesen und daher wohl dagegen geschützt, als Reaktionär verdächtigt zu werden.

Nicht Deutschlands, Frankreichs oder Englands Friedensziel ist es, das die niedergetretenen Völker Europas heute anstreben müssen, sondern ein europäisches Friedensziel, das ihnen allen unter gänzlich neuen inner- und außerpolitischen Verhältnissen die gleichen Möglichkeiten eines Wiederaufbaues bietet. Dieses Ziel hat der denkende Teil der Arbeiterschaft Deutschlands, Englands und Frankreichs wohl von Anfang an richtig erfaßt gehabt. Am besten wohl in England, das muß gesagt werden, ebenso wie, daß es in Deutschland die unabhängige Sozialdemokratie war, die es am klarsten herausgestellt hat. Demgegenüber findet sich das Bürgertum aller Länder, auch das Deutsche, auch heute immer noch, viel zu tief in den großkapitalistischen Ideen der alten, nie mehr wiederkehrenden Ordnung verstrickt. Deshalb war ein wirklicher, dauernder, den neuen Verhältnissen und Anschauungen Rechnung tragender Friede garnicht möglich ohne die voraufgegangene deutsche Revolution! Das muß zunächst einmal ganz allgemein erkannt werden.

Deshalb darf das revolutionäre deutsche Volk aber auch nicht den, nach den veralteten Anschauungen aufgestellten Macht- und Gewaltfrieden annehmen! Nicht im eigenen Interesse, aber auch nicht in dem des internationalen Sozialismus oder der zukünftigen besseren Völkergemeinschaft! Um den Gewalt- und Machtfrieden der Entente zu verhindern, ist es unbedingt notwendig, daß das deutsche Bürgertum sich überzeugt und ehrlich auf den Boden der verständigen Ergebnisse der Revolution stellt, anstatt dieselben mehr oder weniger verschleiert abzulehnen und in der gegenwärtigen unfruchtbaren Parteizersplitterung zu verharren! Die Einsicht der breiteren Volksschichten bei Feinden und Neutralen in die Annexions-, Entschädigungs- und Schuldfragen wird zweifellos eine gewaltige Förderung erfahren, wenn sich das deutsche Bürgertum geschlossen auf den Boden eines verständigen Sozialismus und eines zukünftigen Völkerbundes stellt. Jetzt gilt es, die großen Fehler aller der Männer in führenden Stellungen wieder gutzumachen, die jetzt Bücher schreiben, um ihre völlige Unfähigkeit zu verständigen Maßnahmen möglichst restlos zu beweisen. Keiner von ihnen hat, als sie noch die Macht dazu hatten, es jemals versucht, Deutschland auf

der Höhe seiner kriegerischen Erfolge, einen verständigen Frieden zu sichern durch Bekämpfung des uferlosen Macht- und Annexionstaumels! — Aber diese Leute werden die neue Zeit erst begreifen, wenn sie längst über sie weggeschritten sein wird! —

Heute selbst schon müssen den Ententemachthabern schwere Bedenken kommen, wenn sie erwägen, inwieweit sie es noch wagen dürfen, ihre unmenschlichen Forderungen durchzusetzen zu versuchen und welche Machtmittel ihnen dazu noch zur Verfügung stehen. England, das sein Kriegsziel, die völlige Niederringung Deutschlands als Welthandelsmacht, allerdings mit schweren eigenen, fast katastrophalen Opfern erreicht hat, das Frankreich stets aufgehetzt hat und hinter dessen Chauvinismus stand, das, als das Märchen, es sei wegen des Bruches der belgischen Neutralität in den Krieg gezogen, nicht mehr verfing und große Kreise in Frankreich kriegsmüde wurden, nunmehr die Rückeroberung Elsaß-Lothringens — trotz des heftigen Widerspruches von über vier Millionen seiner Arbeiterschaft — als Kriegsziel verkündete, wiegelt jetzt ab, aus Furcht vor dem Bolschewismus. Dazu kommen seine Schwierigkeiten in Indien, Ägypten und Irland, wo es allenthalben mehr oder weniger gärt, und neuerdings die Uneinigkeit innerhalb der Ententemächte selbst. Ich nenne nur Italien — und Japan. Gegen ein Deutschland, dessen Bürgertum sich heute schon — was es früher oder später doch wird tun müssen — seiner großen Mehrzahl nach, bewußt auf den Standpunkt seiner neuen sozialistischen Ordnung im Innern und auf den des Völkerbundes nach außen stellt, wird die Entente nicht mehr wagen dürfen, ihre Truppen vorzuschicken, ebensowenig wie sie das gegen Rußland wagen darf, ohne sich der Gefahr schwerer innerer Erschütterungen auszusetzen.

Greift in Deutschland diese bewußte Stellungnahme des Bürgertums Platz, so ist Deutschland das einzige Bollwerk des Bolschewismus gegen Westen. Zwingt die Entente Deutschland ihren Macht- und Gewaltfrieden auf, so bricht dieses Bollwerk zusammen. —

Deshalb darf das deutsche Volk, sowohl in seinem eigenen Interesse, wie in dem der zukünftigen Völkerbeziehungen, von seiner Forderung nach einem Frieden auf Grund der Wilson'schen Punkte nicht abgehen. **Unehrenhaft** wäre es für das deutsche Volk auf Grund der maßlosen, unmenschlichen Forderungen der Entente einen Frieden zu schließen, dessen Bedingungen zu erfüllen, es in vielen Fällen außerstande sein würde. **Ehrenhaft** wird es sein, notfalls zu erklären: Wir können nicht mehr kämpfen, aber wir können auch nicht mehr verhandeln! —

In diesem Sinne ist die Revolution berufen gewesen, das deutsche Volk aus der Not, in die es durch die Einstellung des Kampfes geriet, zu befreien. Daß die Einstellung des Kampfes für Deutschland eine unumgängliche Notwendigkeit geworden war, wissen wir aus den Berichten der obersten Heeresleitung, bei denen sich ja auch wohl jene Heißsporne werden beruhigen müssen, die behaupten, daß wir den Krieg infolge der Revolution verloren hätten. — Was aber wäre geworden, wenn die Revolution nicht gekommen wäre und die vermeintlich siegreichen Feinde mit einem noch mehr oder weniger von den alten Anschauungen beherrschten, militaristischen Deutschland, — von dem sie fürchteten, daß es sich jederzeit wieder gegen sie erheben könne — zu verhandeln gehabt hätten? Viel unmenschlicher hätten die Friedensbedingungen ja auch alsdann kaum ausfallen können, aber sicherlich hätten sie die Zustimmung der breiten Masse der gesamten Ententevölker und der Neutralen

gefunden, während sich jetzt erstere, soweit sie einsichtsvoll sind, in großer Zahl und letztere fast einmütig dagegen auflehnen.

Leider scheint es dem deutschen Bürgertum immer noch an der nötigen Einsicht zu fehlen, welche gewaltige werbende Kraft für einen rechten Frieden, den Deutschland annehmen kann, darin liegt, wenn es sich überzeugt auf den Boden einer neuen sozialen Ordnung im Innern und auf den eines Völkerbundes nach außen stellte, angesichts der Tatsache, daß die Entente, den Zeitpunkt für ihren Gewaltfrieden durch die deutsche Revolution und ihr in ihrer Uneinigkeit begründetes Zögern, anscheinend bereits verpaßt hat. —

II.

Aber nicht nur, um zu einem gerechten äußeren, sondern auch um zu einem verständigen inneren Frieden zu gelangen, ist es unbedingt nötig, daß das deutsche Bürgertum sich auf den Boden der verständigen Ziele der Revolution stellt. Wie das Bürgertum alles unterläßt, um die großen Volksteile in feindlichen und neutralen Ländern, die einen gerechten Frieden für Deutschland verlangen, diesem Ziele dienstbar zu machen, wodurch die Ententemachthaber es noch schwerer, als heute schon, finden würden, ihre wahnsinnigen Forderungen durchzusetzen, so bleibt es auch im Innern in dem unfruchtbaren Hader des alten Parteiwesens befangen, noch nicht imstande, die neue Zeit zu verstehen und auf dem Zusammengebrochenen neu aufzubauen.

Genau wie den äußeren, so stehen wir auch den inneren Feinden viel mächtiger gegenüber, wenn sich die große Mehrheit des Bürgertums überzeugt auf den Boden der verständigen Forderungen der Revolution stellt.

Die radikalen Führer — zum Teil Landfremde — würden es ebenfalls viel schwerer finden, das Mißtrauen der großen Mehrheit der anständig denkenden Arbeiterschaft gegen den Bestand der verständigen Errungenschaften der Revolution stets wieder von neuem zu entfachen! Daß dieses Mißtrauen in dem Verhalten und in dem Nichtverstehen der Forderungen der neuen Zeit, seitens eines großen Teils des Bürgertums, der nicht einmal bewußt besonders reaktionär empfindet, seine Berechtigung hat, wird kein Vertreter desselben ernstlich bestreiten können. Der größte Teil der heute um die Errungenschaften der Revolution bangenden Arbeiter sind doch dieselben Menschen, die im August 1914 mit unleugbarer Begeisterung ins Feld zogen, als sie Haus und Herd freventlich in Gefahr gebracht sahen, bevor sie erkannt hatten, was sie heute erkannt haben, daß dieser große Krieg mit Sicherheit aus den ganzen entarteten, großkapitalistischen Verhältnissen der letzten Jahrzehnte heraus kommen mußte, die sogar im Kriege selbst ihre Wirkung in den häßlichsten Formen und zwar nicht nur in Deutschland allein, weiter äußerten. — Das Bürgertum steht heute vielleicht noch zu sehr im Banne seiner politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit, um die wirklichen Ursachen dieses großen Wirtschaftskrieges bereits so klar zu erkennen, wie die darin freiere Arbeiterschaft aller Länder das bereits heute tut. —

Das sich überzeugt auf den Boden einer verständigen Neuordnung stellende Bürgertum aller Parteien hätte keine Reaktion von rechts und keinen Terrorismus von links zu fürchten, ganz abgesehen davon, daß die verständigen, gut denkenden konservativen Kreise in wirtschaftlichen Fragen leicht mehr Einsicht an den Tag legen könnten, als das übrige Bürgertum vielleicht erwarten möchte. Dem Terrorismus aber wäre der größte Teil

seiner Verhetzungsgründe unter den Füßen fortgezogen. Er sähe sich dem großen, auf dem Boden einer verständigen, sozialistischen Neuordnung geeinten Arbeiter- und Bürgertum gegenüber, das leicht ohne die heutigen Vergewaltigungsausbrüche mit ihm fertig werden würde. So würde das Bürgertum es ungleich viel leichter finden, nach außen und nach innen einen Frieden herzustellen, der die Inangriffnahme des Wiederaufbaues sofort ermöglichte. Heute rächt es sich schwer, in dem Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die neue Regierung, daß die alte nicht längst einen Teil ihrer Mitglieder aus den Reihen der Sozialdemokratie entnommen hatte. —

Wenn man sich die Programme der verschiedenen sogenannten liberalen Parteien daraufhin heute ansieht, so hält es schwer, tiefschürfende Unterschiede in denselben festzustellen. Das haben, gelegentlich der allerdings gescheiterten Einigungsversuche vor den verschiedenen Wahlen der letzten Zeit, eine ganze Anzahl ihrer Führer und Zeitungen des öfteren selbst zugegeben. Aber die Einigungsbestrebungen richteten sich nicht darauf, sich auf den Boden einer neuen innerpolitischen und wirtschaftlichen Ordnung zu stellen, um mit der Mehrheit der Arbeiterschaft zusammenzuarbeiten, sondern darauf, deren Bestrebungen durch die erstrebte Einigung desto wirksamer zu bekämpfen. Den Willen und die Zustimmung der heute in diesen Parteien noch herrschenden und führenden Männer hat die Revolution eben noch nicht gefunden! Noch am 18. Dezember v. J. schrieb unter Hinweis auf die geringen Parteiunterschiede die ja wohl demokratische „Weser-Zeitung": „Wir halten daran fest, daß nur ein völlig geeintes Bürgertum den schweren Gefahren einer radikalen Durchführung des sozialistischen Programms zu begegnen vermag." Hätte das Blatt einer Einigung zur verständigen Durchführung der sozialistischen Forde-

rungen das Wort geredet, — deren radikale Durchführung auch die Sozialdemokratie nicht will — dann hätte man seiner demokratischen Gesinnung mehr vertrauen können.

Die Sozialisierung braucht niemand zu schrecken. Sie wird in der neuen Ordnung noch auf lange hinaus eine geringere Rolle spielen, als man heute allgemein anzunehmen scheint. Schon die Durchführung der Sozialisierung der sogenannten dafür reifen Betriebe wird viel längere Zeit erfordern, als vielfach angenommen wird. Noch für lange Zeit hinaus werden hohe und höchste Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern die Haupteinnahmequellen des Staates bilden müssen. —

Zu dem Bruch der Waffenstillstandsbedingungen, den unsere Feinde im Westen mit der Absperrung Elsaß-Lothringens und des Saargebietes vom übrigen Deutschland begingen, schrieb dasselbe demokratische Blatt am 3. Dezember v. J. „Durch das deutsche Volk geht ein Sturm der Entrüstung über die Erdrosselungspolitik unserer Feinde. Wo aber sind jetzt die Leute, die gegen einen Frieden der Gewalt gepredigt haben, wo die Leute, die Hüter des nationalen Selbstbestimmungsrechtes sein wollten?" Nun, sie sind noch da, wie dieser Aufsatz beweist und inzwischen hat sich das bekannte Blatt ja auch wohl, wenigstens äußerlich, zu ihnen bekehrt. „Wo aber sind die Kriegshetzer und Annexionspolitiker von damals?" wäre vielleicht die berechtigte Gegenfrage. Dasselbe gilt von dem folgenden Satze aus einem Aufsatze des Blattes vom 20. April d. J., also aus allerneuester Zeit, über eine etwaige Volksabstimmung über die Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen unserer Feinde. Das Blatt sagt: „Käme die Volksabstimmung wirklich, dann möchte manchem vor seiner Gottähnlichkeit bange werden, der heute die Konsequenzen aus der präsentierten Ententerechnung für Revolutionsbeihilfe und

ähnliche Beglückungen zu ziehen hätte." Auch hier müßte man wieder fragen: „Und die Kriegshetzer, Gewaltpolitiker und Annexionisten von damals, wie finden sie sich mit den so ganz auf ihren Ton gestimmten Friedensbedingungen der Entente ab, welches Verschulden trifft sie an diesen unmenschlichen Bedingungen?"

Ich mache keinem einzigen Menschen aus seinem früheren annexionistischen Standpunkt einen Vorwurf. Ich habe stets das menschlich verständliche dieser Forderungen betont und stets nur der Regierung die schwersten Vorwürfe daraus gemacht, daß sie diesen Bestrebungen nicht energisch entgegentrat. Daraus aber, daß die sogenannten liberalen oder demokratischen Parteien und ihre Presse, obgleich sie sich inzwischen als Anhängerinnen des annexionslosen Verständigungsfriedens, des Selbstbestimmungsrechtes, des Völkerbundes usw. bekennen mußten, sich von den Schlacken ihrer alten, nichts weniger als fortschrittlichen Anschauungen und Forderungen noch immer nicht haben frei machen können, wird man auf die Überzeugungstreue ihres Demokratentums schließen müssen. Jedenfalls scheint es verständlich, wenn die Arbeiterschaft ihnen nicht weit über den Weg traut. — Andere auch nicht!

Auf dem Jenaer Parteitag der „Deutschen Volkspartei" am 13. April d. J. erklärte deren Generalsekretär Dr. Hugo bei der Erörterung sozialer Fragen, die Partei müsse einen entschlossenen Kampf gegen die jetzige Regierung führen, worauf ihm allerdings namens der Fraktion des preußischen Landtages erwidert wurde, daß diese wesentlich weiter links stehe, als der Herr Generalsekretär! Man denke! Unter den heutigen schwierigen Verhältnissen der deutschen Regierung sagt ihr dieser unverantwortliche Berufspolitiker, dieser Vertreter großkapitalistischer Wirtschaftspolitik, entschlossenen Kampf an!

„Soziale Utopien werden am besten durch die tätige Mitarbeit derer, die sie aufstellen, überwunden," habe ich schon in meinem im Jahre 1909 in den „Bremer Nachrichten" erschienenen „Finanzreformvorschlage" gesagt. Wann aber hätte auf der anderen Seite die plutokratische Gesellschaft jemals versucht, durch gewissermaßen freiwillig auf sich zu nehmende hohe und höchste Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, — wie sie es jetzt wird tun müssen — den sozialistischen Forderungen nach geistiger und wirtschaftlicher Höherführung des Volkes entgegenzukommen? Es hielt schon schwer genug, diese Kreise für die von der Regierung seinerzeit eingebrachte Fürsorgegesetzgebung zu gewinnen, von der sie, um sie zu Fall zu bringen, behaupteten, daß die mit ihr verbundenen Lasten der Ruin der deutschen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sein würde.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Angestellte, Lehrer- und Beamtenschaft, geistige Arbeiter, kurz, alle mit weltlichen Güte n nicht überlasteten Schichten des Bürgertums, die Errungenschaften der Revolution je preisgeben könnten, um die alten Zustände wieder herbeizuführen zu helfen. Deshalb habe ich es begrüßt, daß auch große Angestelltenkreise sich verschiedenerorts gegen eine etwaige Reaktion durch ihre Streiks gewissermaßen kompromittiert haben. Die Beamtenschaft droht uns auch noch in den Rücken zu fallen, sagte mir kürzlich, bezeichnenderweise, einer meiner Freunde, der gut unterrichtet zu sein pflegt. Ich habe diesen Ausspruch begrüßt als ein Zeichen dafür, daß auch die deutsche Beamtenschaft nicht geneigt sein dürfte, ihren Einfluß zur Wiederherstellung der alten Zustände einzusetzen.

Von der überwiegenden Mehrheit der einsichtsvollen Arbeiterschaft wird aber erwartet werden dürfen, daß sie die Schwierigkeiten der heutigen Regierung gegen-

über den vielen Fragen der Neuordnung immer mehr würdigen lernen wird, sobald sie beruhigt sein darf, daß an den grundlegenden Bedingungen des sozialistischen Staates nicht mehr zu rütteln ist. Dieses muß daher zunächst die Hauptsache sein! Welcher verständige Anhänger der neuen Ordnung wird z. B. heute noch den Schutzzoll für die Landwirtschaft, dessen sie ja allerdings voraussichtlich auf längere Zeit hinaus gar nicht bedürfen wird, infolge der auf der ganzen Welt gestiegenen Herstellungskosten, aufheben wollen? Wer wird die ländliche Arbeiterfrage nicht erleichtern helfen wollen?

Der Reichsminister Giesberts sagte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 8. März d. J. nicht zu Unrecht: „Wir stehen noch mitten drin in der sozialistischen Revolution. Wer sich ihr widersetzt, der treibt Deutschland in die Anarchie und das Chaos hinein. Eingriffe in das Eigentum werden kommen und sind auch notwendig, denn die schrankenlose Eigentumsentwicklung, die wir vor dem Kriege gehabt haben, diese überspannten Eigentumsbegriffe sind nicht zuletzt der Untergrund des sozialen Übels, unter dem wir zu leiden haben und damit auch der Revolution selbst. Was die Sozialisierung auch im schlimmsten Falle bringen könnte, würde bei weitem nicht so schlimm sein, als das, was durch die Kohlensyndikate den Verbrauchern zugemutet worden ist."

Und auf dem A.- u. S.-R.-Kongreß sagte der Referent Helferding am 20. Dezember 1918 am Schlusse seiner eindrucksvollen Rede: „Die Sorge um das tägliche Brot muß verschwinden. Das Tierische, was uns noch anhaftet, muß durch das Ideale überwunden werden. Wirken Sie auf die Genossen ein, daß sie nicht ungeduldig werden, daß sie sich dessen bewußt sind: Es geht hier in erster Linie nicht um ihre persönliche Besserstellung, sondern um Durchsetzung des größten Ideals: Ein neuer

Geist soll die Menschheit erfüllen. Die Menschen wollen nur noch für die Menschen leben."

In diesem Sinne ist auch dem Schlagwort von der „arbeitenden Klasse" in seiner Überspannung stets eine viel zu große Bedeutung beigelegt worden. Neun Zehntel der übrigen Menschheit arbeitete nicht weniger hart und oft genug mit größerer Sorge um ihr tägliches Brot als die Arbeiterschaft. Die Revolution hätte sich im Anfange gar nicht so ruhig durchsetzen können, wenn nicht fast der gesamte, sich dem Bürgertum zurechnende Mittelstand, gefühlt hätte, daß hier etwas vorging, was auch ihn selbst sehr tief anging. Von der sich anbahnenden Neuordnung, die ihn keineswegs abschreckte, die selbst herbeizuführen er aber politisch und wirtschaftlich zu unfrei war, erhoffte auch er eine bedeutende Verbesserung seiner Lage. Wenngleich die Arbeiterschaft für sich in Anspruch nehmen darf, sie ausgelöst zu haben, so ist die Revolution doch nie und niemals die Angelegenheit eines einzelnen Standes, der Arbeiterschaft, sondern sie ist Allgemeingut des deutschen Volkes und sie darf deshalb niemals dazu führen, die Herrschaft der einen Klasse, der Kapitalisten, abzulösen, um die einer anderen, der linksradikalen Arbeiterschaft, aufzurichten.

Der Sinn der Revolution ist, einen harmonischen Ausgleich der arbeitenden Menschheit herbeizuführen, der alle Volksgenossen auf Grund gleicher Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in den Stand setzt, ihre Persönlichkeit, frei von menschenunwürdiger politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft, zu möglichster Vollkommenheit zu gestalten. Aber es erscheint völlig ausgeschlossen, dieses Ziel auf dem Wege und mit Hilfe des veralteten, keine Lebensberechtigung mehr aufweisenden Parteisystems jemals zu erreichen. Einem Teil der Arbeiterschaft macht das Bürgertum, nicht zu Unrecht, den

Vorwurf, daß er sich stets wieder von den Schlagworten seiner radikalen Führerschaft einfangen ließe. Die diesen Vorwurf erheben, sollen aber an ihre Brust schlagen und sich darüber klar werden, daß auch sie selbst sich noch tief in der Knechtschaft des alten, bereits seit Jahrzehnten unfruchtbaren liberalen Parteisystems befinden. Unfruchtbar, seitdem, dem Zuge des soeben abgeschlossenen Zeitabschnittes folgend, auch der alte Liberalismus immer mehr dem Götzen „Kapitalismus" dienstbar werden mußte!

Deshalb muß das Bürgertum seiner großen Mehrheit nach, sich frei machen von diesem veralteten, unzeitgemäßen, unfruchtbaren Parteisystems, dessen herrschende und führende Männer zum größten Teil noch zu sehr in den Anschauungen der alten Zeit befangen sind, um den Forderungen der neuen folgen zu können. Ich erinnere an das oben angeführte Beispiel des Generalsekretärs Dr. Hugos und vieler anderer. Um wirklich soziale innerpolitische und wirtschaftliche Arbeit im Sinne der neu heraufkommenden Zeit, der Revolution des gesamten deutschen Volkes — nicht einer bestimmten Klasse — leisten zu können, um die Revolution nicht in Gefahr zu bringen, an den Fehlern der überspannten, unverständigen, linksradikalen Forderungen zu scheitern, durch die notwendigerweise die Reaktion von rechts herbeigeführt werden wird, muß das Bürgertum sich auf den Standpunkt des Rätesystems stellen. Nicht allein der Arbeiter- und Soldatenräte bedürfen wir, sondern berufsständischer Räte für alle geistig und körperlich arbeitenden Volksschichten. Diese Räte müssen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die Kontrolle der Parlamente bilden. Auch das Recht der Einbringung von Gesetzesvorlagen muß ihnen erteilt werden. Innerhalb der Berufskreise selbst haben die einzelnen Räte

für die wirtschaftlichen, sozialen, geistigen und sittlichen Interessen ihrer Mitglieder, für die Hochhaltung der Standesehre usw. zu sorgen. Zu diesem Zwecke muß jeder Berufsrat sich seine Gesetzgebung mit vollziehender Gewalt geben, gegen deren Urteilssprüche es eine Berufung bei den ordentlichen Gerichten geben kann — Für letztere würde diese Einrichtung eine gewaltige Entlastung bedeuten. Diese Berufsräte sind zweifellos viel besser imstande als Polizeiorgane und andere Stellen, bestehende Mißstände abzustellen und sich zeigenden rechtzeitig entgegen zu wirken. Die erzieherische ethische Wirkung solcher Einrichtungen im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Menschen und der Selbstverwaltung wird eine gewaltige sein! Ebenso werden das Interesse der Beteiligten und die Freude an der tätigen Mitarbeit ungleich viel lebhafter sein, als das bei dem Parteisystem in den letzten Jahrzehnten der Fall war, bei dem alle Arbeit von den wenigen Führern in den Vorständen und den beruflich angestellten Parteisekretären getan wurde. — Man vergegenwärtige sich nur einmal, welche wunderbare heilsame Wirkung ein Pressesrat in den oft heillosen Zuständen unserer heutigen Tagespresse zeitigen wird!

Dem Gedanken, daß das Parteiwesen im deutschen Volke heilsamerweise mehr zurücktreten müsse, habe ich bereits in meinem Wahlrechtsbuche von 1913 — Puttkammer & Mühlbrecht, Berlin, — Mk. 2. — Ausdruck gegeben und die obigen Gedanken sind nicht etwa erst heute, sondern z. T. schon im August v. J. niedergeschrieben worden. Neuerdings haben sich außer dem „Reichsbürgerrat" auch eine große Anzahl im praktischen politischen Leben stehender Männer für den Ausbau des „Rätesystems" eingesetzt, unter ihnen noch ganz neuerdings Prof. Dr. Hoetsch (Kreuzzeitung) und Dr. Stresemann von der Deutschen Volkspartei. —

So wie bisher kann und darf es nicht weiter gehen mit den ewigen Streiks und ihren terroristischen Begleiterscheinungen.

Deshalb, deutsches Bürgertum wache auf! Gib den verständigen Forderungen der neuen Zeit, der deutschen Revolution, ihre Rechte! Höre auf zu streiten um parteipolitische Nichtigkeiten, und arbeite mit an der aus dem Volke heraus herbeigeführten Neuordnung, die abgesehen von den, aus der Furcht vor der Reaktion gezeitigten Auswüchsen, die gefühlsmäßige Zustimmung deiner Besten gefunden hat! Was würde uns selbst ein innerer Friede über den Weg der Reaktion nützen? Er würde für unser innerpolitisches Leben dasselbe bedeuten, wie ein Clemenceau-Friede für unser außenpolitisches! Er könnte kein dauernder sein! Auch die durch die Revolution geschaffene neue Wirtschaftsform wird nicht ewig währen und wenn der Kommunismus eine bessere bedeuten sollte, was sich heute mit völliger Sicherheit weder bejahen noch verneinen läßt, so wird die Menschheit auch sie sicher dereinst erreichen. —

Solange nicht eine wirkliche Macht sich in Deutschland durchsetzt, die ihren Anordnungen unbedingte Anerkennung zu verschaffen imstande ist, treiben wir mit Sicherheit Zuständen entgegen, die noch viel schlimmer sein werden, als die gegenwärtigen. Diese Macht zu schaffen ist, soweit ich sehe, nur das sich aus den Klammern des alten Parteiwesens frei machende Bürgertum imstande, indem es sich bewußt auf den Boden der neuen Zeit, der verständigen Revolution, des Rätesystems, stellt und mit der verständigen Arbeiterschaft den gleichen Strang zieht!

Wir müssen wieder arbeiten, viel ausdauernder und mehr Werte schaffender noch, als vor dem Kriege! Wer aber nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen! Nur

durch den hier angegebenen Weg wird es möglich sein, der Regierung die zur Durchführung dieses Grundsatzes erforderliche Macht zu verschaffen. Oder muß es wirklich erst noch schlimmer kommen, ehe es besser wird? Muß der immer mehr um sich greifende bolschewistische, alles vernichtende Terror, dem Bürgertum die Notwendigkeit der Mitarbeit an der sozialen Neuordnung, die sich auch bei anderen Völkern durchsetzen wird, erst so nahe führen, daß es vielleicht zu spät dafür ist?! Daran vermag ich zunächst nicht zu glauben, sondern ich halte fest an meiner Zuversicht, daß, wiederum als ein Teil des Weltgeschehens, das deutsche Volk berufen ist, durch diese nur von ihm zu machende Revolution die Völker der Erde zu neuem Aufstieg zu führen! —

An einen baldigen vernünftigen Frieden, dessen etwaige ihm noch anhaftende Härten später zu revidieren sein würden, ist wohl kaum mehr zu denken, angesichts der langsam durchsickernden unmenschlichen Forderungen der Entente-Machthaber, die der schlagendste Beweis für die Unfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft sind, die Völker zu neuen besseren Verhältnissen zu führen. Von den zwei großen Internationalen, der großkapitalistischen und der sozialistischen, hat sich erstere bislang noch als die bei weitem mächtigere erwiesen und die Welt wird zu keinem wirklichen Frieden gelangen, ehe nicht die sozialistische Internationale die Übermacht über die großkapitalistische erringt. Dieses Übergewicht ist aber nicht zu erreichen durch den, den Rest unserer nationalen Güter noch vollends vernichtenden Terrorismus einer Minderheit, sondern nur durch Festhalten an dem Erreichten und eine kräftige Unterstützung der gegenwärtigen Regierung, denn die große Mehrzahl der verständigen Arbeiterschaft, sowohl in England und Frankreich wie in Deutschland, sträubt sich gegen chaotische Zustände wie sie in Rußland herrschen.

Die deutsche aber wünscht strengste Gewähr für die Erhaltung und den verständigen Ausbau des durch die Revolution Erreichten und gegen alle Versuche einer Reaktion von rechts.

Die bürgerlichen Parteien aber müssen erwägen, daß die unmenschlichen Friedensbedingungen der Entente, besonders die Forderungen Frankreichs, hinter denen England steht, weil dieses den wirtschaftlichen Wiederaufschwung Deutschlands noch mehr fürchtet, als Frankreich unsern militärischen, unter dem Gesichtspunkte der Angst vor der vierjährigen Unbesiegbarkeit der deutschen Wehr- und Volkskraft durch ganz Europa und des Mißtrauens gegen den Bestand der Errungenschaften der deutschen Revolution verstanden sein wollen. Dieses Mißtrauen muß aus der Welt geschaffen werden! Die in den alten großkapitalistischen Anschauungen befangenen Machthaber der Entente, ein großer Teil des Bürgertums und vor allem die ihren Interessen dienstbare Presse, können natürlich noch viel weniger als die entsprechenden deutschen Kreise begreifen, daß diese neuen Zustände in Deutschland wirklich von Dauer sein sollten und daß unter ihrer Herrschaft Deutschland keine Kriegsgefahr bedeutet, solange es nicht angegriffen wird. Deshalb muß das deutsche Bürgertum sich entschlossen auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen neuen Ordnung stellen! Oder will dasselbe es wirklich dahin kommen lassen, sich selbst auszuschalten und es der Arbeiterschaft aller beteiligten Länder zu überlassen, den Frieden herbeizuführen.

Bis vielleicht in etwa Jahresfrist Arbeiterschaft und Bürgertum der Ententevölker auf ihre imperialistischen Machthaber, oder deren Nachfolger, soviel Einfluß gewonnen haben werden, daß dieselben sich zu Friedensbedingungen verstehen, die Deutschland annehmen kann, muß die deutsche Revolution ihre innerpolitische und wirtschaftliche Neuordnung unter tatkräftiger Mitarbeit des Bürgertums soweit ausgebaut haben, daß sie den Ententevölkern, auf deren Verhältnisse übertragen, als Vorbild zu dienen vermag.

Bremen, Osterwoche 1919.

Inzwischen sind die Friedensbedingungen der Entente ja nun auch amtlich bekannt geworden. Sie lauten sogar noch weit schärfer, als die meisten von uns erwartet haben. Das mag gut sein! Denn was wäre geworden, wenn sie in einzelnen Punkten etwas weniger hart, in ihrer Gesamtheit aber kaum weniger tödlich für unser ganzes völkisches und wirtschaftliches Leben ausgefallen wären?

Angesichts der Tatsache, daß Clemenceau in fast jeder seiner letzten Noten die unmenschlichen Forderungen der Entente stets wieder mit der Schuld Deutschlands am Kriege begründet, gibt es nur noch den einen Weg: Die deutsche Regierung muß die auf Seite 8 geforderte Untersuchung der Schuldfrage verlangen und erklären, nicht mehr verhandeln zu können, ehe diese nicht gelöst sei. Jede Regierung, die anders handelt, entehrt sich selbst und das deutsche Volk. Die Völker der Entente werden sagen, das deutsche Volk verdiene nichts anderes als das ihm drohende Helotentum, wenn es auf diese Forderung verzichtet. Sie werden das deutsche Volk achten und verstehen, wenn es jede weitere Verhandlung ablehnt, solange diese Frage nicht gelöst ist. **Bis zur Lösung derselben ist die Blockade gegen Deutschland aufzuheben.**

Was wäre es anders als ein Zugeständnis an die internationale, großkapitalistische, falsche Wirtschaftsform der letzten 40—50 Jahre, wenn das deutsche Volk die Forderungen der Feinde annähme? — Wahrscheinlich wird die deutsche Weigerung zu weiteren Verhandlungen das

Zeichen zum Ausbruch von revolutionären Unruhen in den Ententeländern, wenn nicht der Weltrevolution sein. Das deutsche Volk kann dabei nicht schlechter fahren, als wenn es sich in die Knechtschaft des internationalen Großkapitals begibt.

Die Palme des zukünftigen Friedens aber wird nicht Woodrow Wilson und dem amerikanischen Volke zufallen, dafür haben beide sich zu sehr von ihren großkapitalistischen Interessen leiten lassen, sondern dem verarmten deutschen Volke, das nichts mehr zu verlieren hat, als seine Ehre.!

Das politische Selbstbestimmungsrecht der Völker ist es **ja längst nicht mehr allein,** das der Welt, wenn auch zunächst nur in Europa, den Völkerfrieden zu verschaffen vermag. Dazu ist ferner notwendig der Abbau der großkapitalistischen Wirtschaftsform, an dem die breiten Schichten aller Völker das gleiche Interesse haben, denn diese war es, die den Weltkrieg heraufbeschworen hat und die jetzt den Frieden verhindert. Vielleicht muß das verarmte deutsche Volk den Völkern Europas den Weg zum rechten Frieden weisen.

Jetzt heißt es für das deutsche Volk nochmals: Zusammenhalten und durchhalten! Dazu helfe uns Gott!

Bremen, 20. Mai 1919.

Verlagsbuchhandlung
Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) in Berlin SW 48

Soeben ist erschienen

Weder Clemenceau-Friede noch Bolschewismus!

Ein Mahnwort an das deutsche Bürgertum

von F. Oloff

Preis Mark 1.—

In dieser kleinen Schrift tritt der bekannte Bremer Großkaufmann mit aller Energie dafür ein, daß zur Erreichung sowohl eines richtigen äußeren wie inneren Friedens, das deutsche Bürgertum sich überzeugt auf den Boden der Errungenschaften der Revolution und der gegenwärtigen Regierungsform stellen muß.

Nur als gleichwertiges Mitglied kann Deutschland in den **Völkerbund** eintreten. Die **Annexionsfrage** darf nur nach dem Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung der strittigen Gebiete entschieden werden. Die **Kolonialfrage** nur nach der Größe und Volkskraft Deutschlands.

Da Clemenceau seine **Entschädigungsforderungen** in allen Noten immer wieder mit der **Schuld Deutschlands** am Kriege begründet, muß Deutschland auf seiner früheren Forderung, einer unparteiischen Untersuchung der Schuldfrage unter allen Umständen beharren! Solange dies nicht geschehen ist, muß Deutschland alle weiteren Verhandlungen ablehnen! Wie käme Deutschland dazu, nach Beendigung eines Krieges, der mit Naturnotwendigkeit aus den ganzen verdorbenen, unhaltbar gewordenen inner- und außerpolitischen Verhältnissen **aller Beteiligten** heraus entstanden ist, sich mit den Kriegsschäden eines oder mehrerer Teilnehmer desselben belasten zu lassen? Diese Kriegsschäden sind von allen Völkern gemeinsam zu tragen!

Jeder Macht- und Gewaltfriede widerspricht dem Sinne der ganzen Welt, den neuen Ideen und Anschauungen der Völker auf das Entschiedenste! Im Interesse der zukünftigen besseren Völkergemeinschaft kann und darf das deutsche Volk einen solchen Frieden nicht annehmen! Deshalb war ein wirklicher, dauernder, den neuen Verhältnissen und Anschauungen Rechnung tragender Friede garnicht möglich ohne die vorauf gegangene deutsche Revolution! Das muß zunächst einmal ganz allgemein erkannt werden. **Ehrenhaft** wird es für das deutsche Volk sein, notfalls zu erklären: Wir können nicht mehr kämpfen, aber wir können auch nicht mehr verhandeln! —

Die Revolution aber ist nie und niemals die Angelegenheit eines einzelnen Standes, der Arbeiterschaft, sondern sie ist Allgemeingut des deutschen Volkes. Ihr Sinn ist, einen harmonischen Ausgleich der arbeitenden Menschheit herbeizuführen, der alle Volksgenossen auf Grund gleicher Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten in den Stand setzt, ihre Persönlichkeit, frei von menschenunwürdiger politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft, zu möglichster Vollkommenheit zu gestalten. Dieses Ziel ist mit Hilfe des alten, seit Jahrzehnten unfruchtbaren sogenannten liberalen Parteisystems **nicht** zu erreichen! Deshalb muß das Bürgertum sich auf den Standpunkt eines verständigen **Rätesystems** stellen, für das sich in letzter Zeit außer dem „Reichsbürgerrat" auch eine ganze Anzahl im praktischen, politischen Leben stehender Männer, wie Prof. Dr. Hoetsch, Dr. Stresemann und andere eingesetzt haben.

„Was würde uns selbst ein innerer Friede über den Weg der Reaktion nützen? Er würde für unser innerpolitisches Leben dasselbe bedeuten, wie ein Clemenceau-Friede für unser außenpolitisches! Er könnte kein dauernder sein", sagt der Verfasser.

Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)

Verlagsbuchhandlung
Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) in Berlin SW 48

In demselben Verlage erschien:

Der Sinn und Segen des englischen Weltkrieges

von

F. Oloff.

Preis Mark 2.—.

So lautet die Überschrift der dritten Kriegsschrift des bekannten Bremer Großkaufmanns, der in dem Weltkriege und der deutschen Revolution einen Teil des Weltgeschehens nach dem Willen der Vorsehung sieht. Seine gedankenvollen Ausführungen gipfeln in den Sätzen: „Der gewaltige Völkerhaß, der heute noch die Welt durchtost, der alle Fortschritte der Menschheit in Gefahr zu bringen scheint, wird nur dadurch überwunden werden können, daß die Völker erkennen, daß dieser Krieg in erster Linie dazu berufen war, sie alle zu neuen, besseren zwischenstaatlichen Verhältnissen zu führen, und indem sie darin den Sinn des Krieges werden erblicken müssen, wird auch dieser scheußliche Haß nachlassen und verschwinden, und der Geist Christi wird wieder triumphieren über die Menschheit. Die richtige Durchführung der deutschen Revolution muß und wird zur Folge haben, daß auch in England, Frankreich und in Italien die Völker dieselben Errungenschaften auch für sich fordern und erreichen werden, wie sie das deutsche Volk sich aus seinem glorreichen Kriege gerettet hat. In dieser Neuordnung ihrer inneren Verhältnisse, die die Völker einem neuen ungeahnten Aufstiege entgegenführen wird, werden sie alle dermaleinst den Segen des ganzen Krieges zu erblicken haben."

Den Ausgang des Weltkrieges und seine Folgen hat der Verfasser seit langem vorausgeahnt und in dem sozialen Volksstaat, den er, allerdings auf monarchischer Grundlage, stets angestrebt hat, sieht er das Heil der Zukunft.

Es ist hochinteressant, die Anschauungen eines Mannes, dessen Lauterkeit und Überzeugungstreue über jeden Zweifel erhaben ist, bei der Aktualität des Stoffes kennen zu lernen. Alle Argumente des Verfassers sind in seiner bekannten feinsinnigen Weise durchgeführt; sie verdienen die Beachtung weitester Kreise.

Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).

MS11 26234

END OF
TITLE